

MEDIENMITTEILUNG VOM 29.08.2017

MEDIENKONFERENZ: ÜBERGABE DES SCHATTENBERICHTS ZUR BRK

Die Schweiz behindert: Wir sagen wie und wo

Benachteiligungen am Arbeitsplatz, kein Besuch der Regelschule oder keinen Zugang zu Online-Dienstleistungen – viele Menschen mit Behinderungen können kein selbstbestimmtes Leben führen. Dies zeigt der Schattenbericht zur UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK) auf, den Inclusion Handicap und seine 25 Mitgliederorganisationen heute in Genf dem zuständigen UNO-Komitee übergaben. «Es gibt noch viel zu tun, bis die Konvention umgesetzt ist», sagte Pascale Bruderer, Präsidentin von Inclusion Handicap, an der Medienkonferenz. Die Ständerätin und Nationalrat Christian Lohr, Vize-Präsident von Pro Infirmis, kündigten politische Vorstösse an.

Selbstbestimmtes Leben für alle Menschen mit Behinderungen – dies verlangt die UNO-BRK von ihren Vertragsstaaten. Die Schweiz ratifizierte die Konvention 2014. Der Schattenbericht zeigt aus Sicht der Menschen mit Behinderungen, wo überall der Hebel anzusetzen ist. «In sämtlichen Lebensbereichen besteht Handlungsbedarf», stellt Bruderer fest. «Dieses Dokument legt die Situation für Menschen mit Behinderungen umfassend dar. Wir präsentieren dazu zahlreiche politische Forderungen.»

Inclusion Handicap erarbeitete den Schattenbericht in enger Zusammenarbeit mit seinen 25 Mitgliederorganisationen. Ausserdem wurden weitere Direktbetroffene sowie Expertinnen und Experten befragt. Alt-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey wies an der Medienkonferenz auf die grosse Bedeutung des Schattenberichtes hin.

Fehlender Plan für konkrete Umsetzung

Die Palette der Hindernisse ist breit. Sie reicht von baulichen Barrieren, Diskriminierungen am Arbeitsplatz, fehlendem Nachteilsausgleich bei der Ausbildung bis zur menschenrechtlich höchstproblematischen Praxis der Zwangseinweisungen in psychiatrische Einrichtungen. Für die konsequente Umsetzung der Konvention braucht es einen konkreten Plan, welcher durch Bund und Kantone gemeinsam mit den Behindertenorganisationen erarbeitet wird. Dieser fehlt jedoch heute. Auch diesbezüglich ist der Staatenbericht des Bundes vom Sommer 2016 schönfärberisch und unvollständig. «Der politische Wille ist nicht vorhanden», hielt Lohr an der Medienkonferenz fest. «Ausserdem muss die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen mit Behinderungen unbedingt sichergestellt werden.»

Exemplarisch seien hier drei Themen genannt: Menschen mit Behinderungen werden auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. «Ich werde im Parlament einen Vorstoss einreichen, kündigte Bruderer an. «Menschen mit Behinderungen müssen besser vor Diskriminierungen geschützt werden». Die Probleme fangen bereits bei der Bildung an; viele Kinder werden in Sonderschulen gesteckt, hielt Verena Kuonen, Vize-Präsidentin von Inclusion Handicap, fest. Zudem haben Menschen mit Behinderungen beim Zugang zu Dienstleistungen von Privaten häufig mit Barrieren zu kämpfen (z.B. bei Dokumenten, Webseiten oder beim Zugang zu Gebäuden). Diese Beispiele zeigen, wo Menschen mit Behinderungen im Alltag überall auf Hindernisse stossen. «Der Schattenbericht benennt diese systematisch», sagt Bruderer. Jetzt ist Handeln angesagt – auf allen Ebenen! Wir stehen alle in der Pflicht.»



Publikationen

[Sie können den Schattenbericht hier herunterladen \[PDF\]](#)

Der Medienmappe ist ein Schattenprospekt beigelegt.

Auskunft:

Pascale Bruderer, Präsidentin von Inclusion Handicap: 076 527 17 56

Caroline Hess-Klein, Dr. iur., Abteilungsleiterin Gleichstellung von Inclusion Handicap.
caroline.hessklein@inclusion-handicap.ch, 076 379 94 72